

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Steuergesetz, Finanzausgleich und Bericht zum Rheinkraftwerk

Aus den Arbeitsprogrammen der hauptamtlich geführten Regierungsressorts im laufenden Jahr

Im Rahmen des letzten Pressegesprächs gaben die Mitglieder der Regierung u. a. auch einen Überblick über die in den verschiedenen Ressorts anstehende Arbeit im laufenden Jahr. Wir bringen nachstehend die angekündigte Zusammenfassung der Ausführungen von Vizeregierungschef Hilmar Ospelt. In einer der nächsten Ausgaben gehen wir auf die Darlegungen der nebenamtlichen Regierungsmitglieder ein.

Im Finanzressort (Leitung Regierungschef Hans Brunhart) erfolgt im laufenden Jahr die Weiterbehandlung der seit langen angestrebten Gesamtrevision des Steuergesetzes. Wie im Jahre 1982, so werden auch für das laufende Jahr Vorentscheidungen über bestimmte Steuerbereiche fallen (1982 ging es beispielsweise um die Frage der Einführung einer Quellensteuer). Der Regierungschef gab anlässlich des Pressegesprächs allerdings klar zu verstehen, dass das neue Gesetz zunächst nur als Vernehmlassungsentwurf zu verstehen sei, der nach Abschluss der derzeitigen «Strukturdiskussionen» der Vernehmlassung zugeführt werden könne. Konkret: man hofft im Laufe des Jahres wieder ein Stück weiterzukommen, gibt sich aber nicht der Illusion hin, dass das Steuergesetz-Paket noch im Verlaufe des Jahres zusammengeschürt und dem Landtag zur parlamentarischen Behandlung übergeben wird. Bis dahin wird noch viel Schnee fallen und wieder dahinschmelzen.

Subventionen und Finanzausgleich

Demnächst können die Gemeinden von der Regierung Unterlagen für einen Entwurf zur Erneuerung des Subventionsreglementes erwarten. Es geht laut Regierungschef um eine Vereinheitlichung und Straffung des Reglementes, sowie (natürlich) auch um die Überprüfung der Ansätze. Dass dabei der Finanzausgleich in seiner heutigen Form ebenfalls überprüft werden muss liegt auf der Hand. – Überarbeitet soll auch das Finanzhaushaltsgesetz werden, mit dem man nun acht Jahre lang gearbeitet und Erfahrungen gesammelt hat. Der Regierungschef kündigte in dieser Bezie-

hung insbesondere noch mehr «Transparenz» an.

Baugesetz-Vorlage bis im Frühjahr

Im Verlaufe des Frühjahrs soll die ebenfalls schon seit geraumer Zeit angekündigte Vorlage für ein neues Baugesetz fertiggestellt sein. Angekündigt ist zudem ein neues Gesetz über die Strassen, welches Klarheit über die Zuständigkeiten (Landes und Gemeindestrassen) schaffen soll. Hier geht es u. a. auch um die Frage der Kosten beim Unterhalt von Strassen oder bei der Winterräumung, wie sie derzeit besonders aktuell ist.

Kultur, Bürgerrechtsfragen und Aussenpolitik

Im Rahmen des Pressegesprächs war erneut die Rede vom sogenannten Kulturbericht der Regierung, der nach intensiven Diskussionen mit verschiedenen Kulturträgern nun doch zustandekommen soll.

Schliesslich ist die Regierung im Zugzwang betreffend die Abklärung von Bürgerrechtsproblemen, wie sie im vergangenen Frühjahr aufgrund eines Vorstosses der FBP-Fraktion im Landtag Eingang in ein vom Gesamtparlament getragenes

Postulat fanden. Die Regierung soll darin darlegen, wie sie sich die Beseitigung bestehender (wirklicher und vermeintlicher) Hindernisse zur Einführung des Frauenstimmrechtes auf Landesebene vorstellt. Der diesbezügliche Bericht ist laut Regierungschef demnächst zu erwarten.

Im Bereich der Aussenpolitik wird im Laufe dieses Jahres insbesondere die Errichtung einer eigenen liechtensteinischen Botschaft in Wien und das 60jährige Bestehen des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrages markante Zeichen setzen.

Betäubungsmittelgesetz und «Drogenkonzept»

Im Bereich «Justiz» (Ressortchef Hilmar Ospelt) gilt es die in erster Lesung vom Landtag durchberatenen Vorlagen zum Betäubungsmittelgesetz und zum Strafvollzugsgesetz zu bereinigen, um sie im Frühjahr dem Landtag zur Weiterbehandlung zurückzugeben.

Gleichzeitig wird an einem umfassenden Konzept zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs gearbeitet. Der Vizeregierungschef unterstreicht hier allerdings, dass das «Drogenkonzept» eine

ganze Reihe weiterer Ressorts betreffen wird. Das gleiche gilt auch für allfällige Massnahmen zur Förderung der Wirtschaft und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In den Justizbereich fallen indessen das sich in Vernehmlassung befindliche neue Strafgesetz, eine weitere Änderung des Grundverkehrsgesetzes, die Schaffung eines Rechtsanwaltsgesetzes sowie eines Rechtshilfegesetzes. Laut Reg.-Chef-Stv. Hilmar Ospelt sind in den hier erwähnten Gebieten unseres Rechts im Verlaufe des Jahres gesetzgeberische Vorarbeiten der Regierung zu erwarten.

Medienkonzept, Sportkonzept und Bericht über das Rheinkraftwerk

In absehbarer Zeit soll die Kommission zur Erarbeitung eines liechtensteinischen Medienkonzeptes einberufen werden. In absehbarer Zeit wird ausserdem mit dem endgültigen Konzept im Bereich «Jugend und Sport» zu rechnen sein. Bis zum Frühsommer hofft der Vizeregierungschef ausserdem den Regierungsbericht zum Projekt für das Rheinkraftwerk vorlegen zu können. Der Bericht wird konkrete Aussagen über die Auflagen enthalten, die bei der Schaffung solcher Rheinkraftwerke von liechtensteinischer Seite als Bedingung gestellt würden.



Kinderskirennen als Familienfeste

Begeisterung auf den Skipisten

Die liechtensteinischen Skivereine unternehmen schon seit einigen Jahren grosse Anstrengungen, um für die Kinder ihrer Dörfer Skirennen zu veranstalten. Das ist immer ein prächtiges Schauspiel, an dem stets die Familienangehörigen mit ebenso grosser Begeisterung dabei sind, wie deren Schützlinge. Am letzten Wochenende veranstalteten Balzers, Triesenberg und Mauren-Schaanwald (UWV) solche Kinderskirennen. Erstaunlich die Beteiligung: an allen drei Skirennen nahmen mehrere Hundert Kinder aller Altersstufen teil. Auch Petrus war den Kleinen besonders gut gesonnen, fiel just auf das Wochenende reichlich Schnee. Mehr über diese Sportfeste im Innern der heutigen Ausgabe. (Bild: E. Marxer)

VU-Personalpolitik im öffentlichen Dienst:

Die Fragezeichen werden immer grösser!

Der Verwaltungsratspräsident der Liechtensteinischen Kraftwerke macht das «Vaterland» zum Hausorgan

Seit im VOLKSBLATT die heutigen Praktiken der VU-Personalpolitik beim Staat und bei den von der Regierung beaufsichtigten Landesanstalten kritisch unter die Lupe genommen wurde, werden die Reaktionen von seiten der VU immer merkwürdiger und die Fragezeichen immer grösser. Das jüngste Beispiel dafür: eine Stellungnahme des Verwaltungsratspräsidenten der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) im «Liechtensteiner Vaterland» vom 5. Februar. Zwar nimmt die Stellungnahme Bezug auf einen Beitrag im VOLKSBLATT, doch wurde sie uns nicht übermittelt. Der LKW-Verwaltungsratspräsident hat damit das «Vaterland» praktisch zum Hausorgan der LKW gemacht.

Die Tatsache, dass der Präsident eines Landesinstitutes seine Stellungnahme nicht bei jener Zeitung abgibt, die Kritik geübt hat, sondern im Parteiorgan der VU ist nicht die einzige Merkwürdigkeit.

In seiner Stellungnahme nennt der LKW-Verwaltungsratspräsident die Forderung des VOLKSBLATT nach öffentlicher Ausschreibung des Direktionspostens ein «Ausschreibungsschauspiel, um das politische Gesicht zu wahren». Denn, so resümiert er wörtlich: «Tatsache ist, dass alle Verwaltungsrate bestätigt haben, dass auch bei einer Ausschreibung seine Bewerbung (jene des heutigen Direktors Walter Frick – die Red.) bevorzugt worden wäre» (Ende Zitat aus dem «Vaterland»).

Eine solche Feststellung zu veröffentlichen, grenzt schon an Zynismus und kommt einer Verhöhnung des Bürgers gleich. Wenn es auch durchaus stimmen kann, dass man ähnliches im LKW-Verwaltungsrat diskutiert hat, so konnte dieser ohne Ausschreibung ja gar nie erfahren, wer sich noch gemeldet hätte. Und bei allem Respekt von der nie bestrittenen Qualifikation des ohne Ausschrei-

bung angestellten Direktors Walter Frick, darf man sich sicher fragen, ob es im ganzen Lande wirklich keinen zweiten Mann gegeben hätte, der nicht ebenso qualifiziert gewesen wäre.

Aber auf eine Ausschreibung zu verzichten, nur weil man sich einig ist, dass ohnehin ein vorher bestimmter Mann das Rennen macht, ist Vetterliwirtschaft im höchsten Grade. Auf diese Weise werden Ausschreibungen tatsächlich zu einem «Ausschreibungsschauspiel». Aber nicht weil sie vom VOLKSBLATT gefordert werden, sondern weil man sich innerhalb der VU ohnehin schon auf einen entsprechenden Mann geeinigt hat.

Blick in die Vergangenheit

Wir haben an anderer Stelle schon wiederholt darauf hingewiesen, dass der Vergleich mit Anstellungen in der Vergangenheit kein Argument ist, heute nicht

auszuschreiben. Und zwar auch in jenen Fällen, in denen sich ähnliche Praktiken früher abgespielt hätten. Denn einfach zu sagen, während der Mehrheitsperiode der FBP hat man es auch nicht anders gehalten, deckt ein seltsames Demokratieverständnis auf und zeugt auch vom schlechten Gewissen, das langsam in den Reihen der VU um sich zu greifen scheint. Denn die Ausrede, man sei auch nicht schlechter als die FBP früher, spricht für sich selbst. Vielleicht wird sich der eine oder andere VU-Anhänger fragen, warum er dann das letzte Mal seine Partei und nicht gleich die FBP gewählt habe.

Aber ganz abgesehen davon, hält sich der LKW-Verwaltungsratspräsident in seiner Erwiderung nur zum Teil an die Wahrheit. Denn der Technische Direktor, angeblich unter FBP-Mehrheit ohne Ausschreibung angestellt, war seinerzeit sehr wohl öffentlich ausgeschrieben: als Betriebsleiter wie es im früheren Gesetz hiess. Zum Technischen Direktor wurde er nicht durch einen Verwaltungsratsbeschluss der LKW befördert, sondern durch das neue LKW-Gesetz, das auch neue Titel für die verschiedenen Chargen beinhaltete. Aber darüber wird noch in einem gesonderten Beitrag und unter Vorlage aller Unterlagen zu berichten sein.

Das VOLKSBLATT wird sicher weder durch abqualifizierende Äusserungen des Regierungschefs noch durch Stellungnahmen des LKW-Präsidenten im VU-Presseorgan von seinen kritischen Untersuchungen der heutigen Praktiken in der Personalpolitik der öffentlichen Hand abbringen lassen. Es hat auch keinen Grund dazu. Denn bis jetzt wurden alle geäusserten, kritischen Anmerkungen über die VU-Personalpolitik nur bestätigt.

VOLKSBLATT-Kommentar Zur Diskussion über die Personalpolitik

Nicht nur das VOLKSBLATT diskutiert die Personalpolitik der VU in den letzten Jahren und in jüngster Zeit. Seit langem gab es nicht mehr so viel Echo auf Beiträge zu einem innenpolitischen Thema. Eine Ausnahme stellten die Reaktionen auf unsere Veröffentlichungen im Zusammenhang mit der Verwendung eines DDR-Sprachlehrbuchs am LG dar. – Das Thema Personalpolitik findet aus naheliegenden Gründen Resonanz. Die Zeiten sind schwieriger geworden und Staatsstellen dementsprechend (wieder) begehrter. Wenn man über Personalpolitik diskutiert, dann ist es unvermeidlich auch von Personen zu sprechen. Ich denke hier z. B. an LKW-Direktor Walter Frick und (neuerdings aufgrund einer Stellungnahme des LKW-Verwaltungsratspräsidenten) an LKW-Direktor Christian Brunhart. Es ist dem VOLKSBLATT ein grosses Anliegen, im Zusammenhang mit allen Personaldiskussionen stets den persönlichen Anstand zu wahren und den ohne ihr eigenes Zutun «betroffenen» Personen zu versichern, dass es niemals um ihre Person, sondern immer nur um Grundsätze und um die Sache geht. Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass es nicht immer angenehm ist, wenn man in den Zeitungen «herumgezogen» wird. Oft ist es aber wohl unvermeidlich, wenn man an exponierter Stelle steht. Deshalb das Vorerwähnte. Und es ist ernst gemeint.
W. B. HOHLWEND

«Schaan» als Hochburg fastnächtlichen Treibens Höhepunkte dieser Woche

Wenn man von Schaan spricht, denkt man automatisch an Theater, Dorfgemeinschaft, Industrie, Gastronomie und vieles andere mehr. Nach dem 11. November, so gegen 11.11 Uhr, und den ersten Vorbereitungssitzungen im Gremium der Narrenzunft, steuert man zwei fastnächtlichen Höhepunkten entgegen, nämlich dem Monsterkonzert ausländischer und inländischer Guggenmusiken und dem wohl grössten und farbenprächtigsten Faschnachtszug Liechtensteins und der weiteren Umgebung, und meditiert nur noch «fasnachtlich».

Mit Riesenschritten nähern wir uns also diesen wichtigsten Daten, für die alle Mitwirkenden bestens gewappnet sind und auch in diesem Jahr mit einer Präsentation ersten Ranges vor das Zuschauerpublikum treten werden. Stellen Sie sich vor, dass die Mitwirkung von mehr als 60 Wagen und Gruppen

jetzt schon garantiert ist – und was hier alles so glossiert und «auf den Arm» genommen wird! Wollen Sie es jetzt schon wissen? Das würde Ihnen so passen – Sie begreifen doch, dass wir diesen Mantel des Geheimnisses erst am Aufführungstag lüften können, oder?

Sowohl beim Monsterkonzert am
● Samstag, 12. Februar 1983
um 19.00 Uhr beim LKW-Parkplatz
als auch beim Faschnachtszug am
● Sonntag, 13. Februar 1983
ab 14.00 Uhr

werden – und dies müssen wir Ihnen jetzt verraten – 12 Guggenmusiken aus Liechtenstein und der Schweiz teilnehmen. Beide Veranstaltungen werden heuer zum absoluten Hit, die Sie – um alles in der Welt – nicht und auf keinen Fall verpassen dürfen. Sie würden es ganz bestimmt bereuen. Hoffentlich

hält auch «Petrus» ein «trockenes» Auge über dieses Narrentreiben.

Und wenn Sie sich dann entschieden haben, zu uns zu kommen, vergessen Sie nicht, dass unser Schlachtruf nach wie vor «Allwäg-Kwösoo» ist und dass sich die mitwirkenden Gruppen freuen, wenn Sie diesen Ruf hinausposaunieren und viel Applaus den Darbietenden schenken.

In diesem Sinne bitten wir Sie, die Daten vorzumerken, und freuen uns, wenn wir Sie hier begrüssen dürfen. Der Eintrittspreis für diese immense Arbeitsleistung beträgt für den Umzug 6 Franken. Kinder bis 15 Jahre bezahlen nichts. Der Besuch für das Monsterkonzert ist natürlich gratis – es gibt einige Überraschungen für das leibliche Wohl.

Viele «allwäg-kwösoo» und besten Dank für Ihre Unterstützung.
Ihre dankbare Narrenzunft Schaan

